



Der Friedensplan der Deutschen Regierung

Der Wortlaut der Note

London, 1. April. Votschaster von Ribbentrop überreichte am Mittwoch vormittag der britischen Regierung den nachstehenden Friedensplan der deutschen Regierung:

„Mit aufrichtiger Zustimmung hat die deutsche Regierung vom dem Votschaster von Ribbentrop erfahren, daß es der Wunsch der britischen Regierung und des britischen Volkes ist, baldmöglichst mit den praktischen Arbeiten für eine wahre Befriedung Europas zu beginnen. Dieser Wunsch deckt sich mit den innersten Absichten und Hoffnungen des deutschen Volkes und seiner Führung. Es erfüllt daher die deutsche Regierung mit um so größerem Bedauern, daß sie nicht in der Lage ist, in dem ihr am 20. März übergebenen Entwurf der Locarno-Mächte eine taugliche und fruchtbare Grundlage für die Einleitung und Durchführung einer solchen wahrhaften Friedensarbeit erkennen zu können. Es fehlt diesem Entwurf in den Augen des deutschen Volkes und in den Augen seiner Regierung jener Geist des Verständnisses für die Gesetze der Ehre und Gleichberechtigung, die im Leben der Völker zu allen Zeiten die erste Voraussetzung für die Abmachung freier und damit heiliger Verträge bilden.“

Die deutsche Regierung glaubt deshalb in heiligem Ernst der in Frage stehenden Aufgabe schuldig zu sein, sich in der Feststellung der negativen Seite des ihr übergebenen Memorandums auf das allernotwendigste zu beschränken.

Sie will aber dafür versuchen, durch eine Erweiterung und Klärung ihrer am 7. März ausgesprochenen Vorschläge von ihrer Seite aus den Beginn einer konkreten Arbeit der europäischen Friedenssicherung zu erleichtern.

Um Verständnis ihrer Ablehnung der einzelnen diskriminierenden Punkte sowie zur Begründung ihrer konstruktiven Vorschläge muß die deutsche Regierung folgendes grundsätzlich erläutern:

Die deutsche Regierung hat jedoch vom deutschen Volk u. a. ein feierliches Generalmandat erhalten zur Vertretung des Reiches und der deutschen Nation nach zwei Richtungen.

1. Das deutsche Volk ist entschlossen, unter allen Umständen seine Freiheit, seine Selbstständigkeit und damit seine Gleichberechtigung zu wahren. Es sieht in der Vertretung dieser natürlichen internationalen Grundsätze des staatlichen Lebens ein Gebot der nationalen Ehre und eine Voraussetzung für jede praktische Zusammenarbeit der Völker, von der es unter keinen Umständen mehr abgehen wird.

2. Das deutsche Volk wünscht aus aufrichtigstem Herzen mit allen seinen Kräften mitzuhelfen am großen Werk einer allgemeinen Versöhnung und Verständigung der europäischen Nationen zum Zweck der Sicherung des für diesen Kontinent, seine Kultur und seine Wohlfahrt so notwendigen Friedens.

Dies sind die Wünsche des deutschen Volkes und damit die Verpflichtung der deutschen Regierung.

Die deutsche Regierung möchte weiter in Anlehnung an ihre in der vorläufigen Note vom 24. März 1936 schon mitgeteilte grundsätzliche Einstellung noch folgendes bemerken:

A. Deutschland hat im Jahre 1918 den Waffenstillstand abgeschlossen auf Grund der 14 Punkte Wilsons. Diese sahen keinerlei Einschränkung der deutschen Souveränität im Rheinland vor. Im Gegenteil: der hauptsächlichste Grundgedanke dieser Punkte war, durch eine neue Völkerordnung einen besseren und dauerhaften Frieden aufzubauen. Er sollte im weitesten Umfang dem Selbstbestimmungsrecht gerecht werden und zwar ohne Rücksicht auf Sieger oder Besiegte!

B. Der Agl. britische Außenminister hat in seiner Rede vom 28. März über die entmilitarisierte Zone mitgeteilt, daß die letzten Endes nur als Ablösung für eine eigentlich von Frankreich im Jahre 1918 angestrebte Lostrennung des Rheinlandes von Deutschland errichtet wurde. Aus dieser Feststellung ergibt sich, daß die demilitarisierte Zone selbst nur als Folge der vorausgegangenen Verletzung einer auf die Alliierten bindenden Verpflichtung entstanden ist.

C. Die Demilitarisierungsbestimmungen des Versailler Vertrages basieren demnach selbst auf der Verletzung einer Deutschland gegebenen Zusicherung und belagen als einziges rechtliches Argument nur die Gewalt. Sie sind vom Versailler Vertrag in den Locarnopakt übernommen worden nach einer neuerlichen Rechtsverletzung, nämlich der Besetzung des Ruhrgebiets, die selbst von englischen Kronjuristen als Rechtsbruch bezeichnet worden ist.

Der sog. „freiwillige Verzicht“ auf die Souveränität Deutschlands in diesen westlichen Provinzen des Reiches ist mithin eine Folge des Versailler Diktats und einer Kette von sich hier anschließenden schwersten Bedrückungen des deutschen Volkes, wobei insbesondere hingewiesen werden muß auf die furchtbare Not und Zwangslage des Reiches infolge der Rheinlandbesetzung.

Wenn daher von Seiten der britischen Regierung heute erklärt wird, daß man wohl von einem Diktat von Versailles gesprochen habe, aber doch niemals von einem Diktat von Locarno, so muß die deutsche Regierung mit der Gegenfrage antworten: „Gibt es überhaupt in der Welt ein großes Volk, das freiwillig und ohne äußersten Zwang einseitig auf seine Hoheitsrechte, und zwar in diesem Falle auf das primitive Recht der Verteidigung seiner eigenen Grenzen verzichtet hat, oder verzichten würde?“

Trotzdem aber hatte das deutsche Volk diesen Zustand 17 Jahre lang ertragen, und noch am 21. Mai 1935 erklärte der deutsche Reichskanzler, daß „die deutsche Reichsregierung in der entmilitarisierten Zone einen für einen souveränen Staat unerhöht schweren Beitrag zur Beruhigung Europas leistet“ und daß die Reichsregierung „alle aus dem Locarno-Vertrag sich ergebenden Verpflichtungen so lange halten wird, als auch die anderen Vertragspartner bereit sind, zu diesem Pakt zu stehen.“

Die deutsche Reichsregierung hat bereits in ihrer vorläufigen Note vom 24. März 1936 darauf hingewiesen, daß der von Frankreich mit Sowjetrußland abgeschlossene militärische Vertrag dem Locarnopakt sowohl die rechtliche, als aber besonders die politische Grundlage und damit die Voraussetzung seiner Existenz entzogen hat. Es erübrigt sich, hierauf noch einmal näher einzugehen. Denn: es ist kein Zweifel, daß die Tendenz, Europa mit Militärbindnissen zu durchziehen, überhaupt dem Geist und Sinn der Aufrichtung einer wirklichen Völkergemeinschaft widerspricht. Es wagt die große Gefahr, daß aus dieser allgemeinen Verletzung in militärische Allianzen ein Zustand entsteht, der jenem gleich, dem die Welt den Ausbruch ihres furchtbarsten und sinnlosesten Krieges mit in erster Linie zu verdanken hatte. Es liegt nun nicht im Vermögen einer einzelnen Regierung, eine solche von bestimmten Großmächten eingeleitete Entwicklung zu verhindern, allein es gehört zum pflichtgemäßen Auftrag jeder Regierung, innerhalb der Grenzen des eigenen Hoheitsgebietes Vorsorge vor jenen Ueberübungen zu treffen, die sich aus einer solchen undurchsichtigen europäischen Militär- und Kabinetspolitik ergeben können.

Die deutsche Regierung hat daher nach der vorliegenden Entwicklung, die eine Aufhebung der juristischen und politischen Grundlagen und Voraussetzungen des Locarnopaktes bedeutet, sich aus ihrer bereits als an diesen Pakt nicht mehr gebunden erklärt und die Souveränität des Reiches über das gesamte Reichsgebiet wiederhergestellt.

Die deutsche Regierung ist nicht in der Lage, ihren zur Sicherheit des Reiches unternommenen, nur deutsches Reichsgebiet betreffenden und niemand bedrohenden Schritt der Wärdigung eines Gremiums zu unterstellen, das selbst im günstigsten Falle nur die rechtliche Seite, aber unter gar keinen Umständen die politische zu beurteilen in der Lage ist. Dies gilt um so mehr, als der Völkerbundsrat bereits eine Entscheidung getroffen hat, die die rechtliche Beurteilung der Frage präjudiziert.

Die deutsche Regierung ist weiter der Ueberzeugung, daß ein solches Urteil nicht nur keinen positiven Beitrag liefern könnte für eine wirkliche konstruktive Lösung der Frage der europäischen Sicherheit, sondern ausschließlich geeignet ist, eine solche Lösung zu erschweren, wenn nicht gar zu verhindern.

Im übrigen: entweder man glaubt an die Möglichkeit einer allgemeinen europäischen Friedenssicherung, dann kann ein solcher beabsichtigter Eingriff in die Hoheitsrechte eines Staates nur erschwerend wirken, oder man glaubt an eine solche mögliche Friedenssicherung nicht, dann käme einem solchen Entscheid höchstens nachträglich eine feststellende juristische Bedeutung zu.

Die deutsche Regierung kann daher in diesem Punkte sowie in jedem weiteren dieses Entwurfes der Vertreter der Locarno-Mächte, die sich nur als einseitig belastend für Deutschland er-

weisen, nicht nur keinen nützlichen Kontakt für eine wirkliche großzügige und konstruktive Lösung der Frage der europäischen Sicherheit erblicken, sondern höchstens Elemente der Diskriminierung eines großen Volkes und damit einer Infragestellung jeder dauerhaften Friedensgestaltung.

Entsprechend dem ihr vom deutschen Volke erteilten Auftrag muß daher die deutsche Regierung alle Deutschland einseitig belastenden und damit diskriminierenden Vorschläge dieses Entwurfes ablehnen.

Deutschland hat, wie schon aus seinem Angebot hervorgeht, nicht die Absicht, jemals Belgien oder Frankreich anzugreifen. Es ist bekannt, daß bei der gigantischen Rüstung Frankreichs und den enormen Festungswerken an der französischen Obergrenze ein solcher Angriff aber auch rein militärisch sinnlos wäre.

Aus diesen Gründen ist der deutschen Regierung auch der Wunsch der französischen Regierung nach sofortigen Generalstab-Verhandlungen unverständlich. Die deutsche Regierung würde darin nur ein ernstes Präjudiz sehen, wenn vor dem Abschluß der neuen Sicherheitspakete solche Generalstabsbesprechungen zustande kämen. Sie ist der Auffassung, daß solche Abmachungen in jedem Falle erst die Folge der politischen Verständigungen der fünf Locarno-Mächte seien, und dann nur auf streng reziproker Grundlage stattfinden könnten.

Die deutsche Regierung ist weiter der Auffassung, daß der Komplex der vorliegenden Probleme zur leichteren Lösung nach den Gesichtspunkten der beabsichtigten Ziele zweckmäßig gegliedert werden müßte. Sie muß dann aber folgende grundsätzliche Fragen stellen:

Welches soll das Ziel der Bemühungen der europäischen Diplomatie sein?

A. Soll dieses Ziel sein, die sich als für jede dauernde Friedenssicherung als ungeeignet erwiesene Zerteilung der europäischen Völker in mehr- oder weniger berechnete, in ehren- oder unehrenhafte, in freie oder unfreie unter irgend welchen neuen Formen oder Modifizierungen beizubehalten oder fortzuführen?

Soll es weiter die Absicht der europäischen diplomatischen Bestrebungen sein, aus einem solchen Willen heraus auf dem Wege einfacher majoritärer Beschlüsse Feststellungen über Vergangenes zu treffen, Urteile aufzurichten, um damit die scheinbar juristisch noch fehlenden Begründungen für die Fortführung dieses früheren Zustandes zu finden. Oder soll

B. das Bemühen der europäischen Regierungen darauf hingelenkt sein, unter allen Umständen zu einer wirklich konstruktiven Ordnung des Verhältnisses der europäischen Nationen untereinander und damit zu einer dauerhaften Friedensgestaltung und -sicherung zu kommen?

Die deutsche Regierung ist es ihrem Volke schuldig, hier eindeutig zu erklären, daß sie nur an diesem zweiten, in ihren Augen allein aufbauenden Versuch teilnehmen wird, und dies dann allerdings aus tiefinnerster Ueberzeugung und mit dem vollen Gewicht des aufrichtigen und sehnsüchtigen Willens der hinter ihr stehenden Nation.

Die deutsche Regierung glaubt, daß dann die vor den europäischen Staatsmännern liegende Gesamtaufgabe in drei Abschnitte gegliedert werden müßte:

a) in die Zeit einer allmählich sich beruhigenden Atmosphäre zur Klärung der Prozedur für die einzuleitenden Verhandlungen;

b) in den Abschnitt der eigentlichen Verhandlungen zur Sicherstellung des europäischen Friedens;

c) in eine spätere Periode der Behandlung jener wünschenswerten Ergänzungen des europäischen Friedenswerkes, die weder im Inhalt noch im Umfang von vornherein genau festgelegt oder begrenzt werden können oder sollten (Abrüstungs- und Wirtschaftsfragen usw.).

Zu diesem Zwecke schlägt die deutsche Regierung nun folgenden Friedensplan

Kurze Tagesübersicht

In London wurde die deutsche Antwort, die den Friedensplan der Reichsregierung enthält, durch Votschaster von Ribbentrop an Außenminister Eden übergeben.

In Oesterreich hat der Bundesrat ein Gesetz einstimmig angenommen, das die Dienstpflicht im Heer und im Arbeitsdienst für die männliche Bevölkerung vom 18. bis 42. Lebensjahr einführt.

Dampfschiff „Sindenburg“ ist auf guter Fahrt über dem Ozean und trifft am Freitag in Rio de Janeiro ein.

In Berlin begann der große Strafprozeß wegen des Tunnelsturzes an der Berliner Nord-Süd-Bahn.

vor:

1. Um den kommenden Abmachungen für die Sicherung des europäischen Friedens den Charakter heiliger Verträge zu verleihen, nehmen an ihnen die in Frage kommenden Nationen nur als vollkommen gleichberechtigte und gleichgeachtete Länder teil. Der einzige Zwang für die Unterzeichnung dieser Verträge kann nur in der sichtbaren, von allen erkannten Zweckmäßigkeit dieser Abmachungen für den europäischen Frieden und damit für das soziale Glück und das wirtschaftliche Wohlergehen der Völker liegen.

2. Um die Zeit der Unsicherheit im Interesse des wirtschaftlichen Lebens der europäischen Völker möglichst abzukürzen, schlägt die deutsche Regierung vor, den ersten Abschnitt bis zur Unterzeichnung der Nichtangriffspakte und damit der garantierten europäischen Friedenssicherung auf vier Monate zu begrenzen.

3. Die deutsche Regierung versichert unter der Voraussetzung eines sinngemäßen gleichen Verhaltens der bel-

gischen und französischen Regierung für diesen Zeitraum keinerlei Verstärkung der im Rheinland befindlichen Truppen vorzunehmen.

4. Die deutsche Regierung versichert, daß sie die im Rheinland befindlichen Truppen während dieses Zeitraumes nicht näher an die belgische und französische Grenze heranzuführen wird.

5. Die deutsche Regierung schlägt zur Garantierung dieser beiderseitigen Versicherungen die Bildung einer Kommission vor, die sich aus Vertretern der beiden Garantemächte England und Italien und einer desinteressierten neutralen Gruppenmacht zusammensetzt.

6. Deutschland, Belgien und Frankreich sind berechtigt, je einen Vertreter in diese Kommission zu entsenden. Deutschland, Belgien und Frankreich besitzen das Recht, dann, wenn sie glauben, aus bestimmten Vorgängen auf eine Veränderung der militärischen Verhältnisse innerhalb dieses Zeitraumes von vier Monaten hinweisen zu können, ihre Wahrnehmungen der Garantekommission mitzuteilen.

7. Deutschland, Belgien und Frankreich erklären sich bereit, in einem solchen Falle zu gestatten, daß diese Kommission durch die englischen und italienischen Militärattachés notwendige Feststellungen treffen läßt und hierüber den beteiligten Mächten berichtet.

8. Deutschland, Belgien und Frankreich versichern, daß sie die sich daraus ergebenden Beanstandungen in vollem Umfange berücksichtigen werden.

9. Im übrigen ist die deutsche Regierung bereit, auf der Basis voller Gegenseitigkeit mit seinen beiden westlichen Nachbarn jeder militärischen Beschränkung an der deutschen Westgrenze zuzustimmen.

10. Deutschland, Belgien und Frankreich und die beiden Garantemächte kommen überein, daß sie sofort oder spätestens nach Abschluß der französischen Wahlen, unter Führung der britischen Regierung in Beratungen eintreten über den Abschluß eines 25jährigen Nichtangriffs- bzw. Sicherheitspaktes zwischen Frankreich und Belgien einerseits und Deutschland andererseits.

11. Deutschland ist einverstanden, daß in diesem Sicherheitsabkommen England und Italien wieder als Garantemächte unterzeichnet werden.

12. Sollten sich aus diesen Sicherheitsabmachungen besondere militärische Bestandsverpflichtungen ergeben, so erklärt sich Deutschland bereit, auch seinerseits solche Verpflichtungen auf sich zu nehmen.

13. Die deutsche Regierung wiederholt hiermit den Vorschlag für den Abschluß eines Luftpaktes als Ergänzung und Verstärkung dieser Sicherheitsabmachungen.

14. Die deutsche Regierung wiederholt, daß sie bereit ist, falls die Niederlande es wünschen, auch diesen Staat in dieses westeuropäische Sicherheitsabkommen einzubeziehen.

15. Um dem Werk dieser aus freiem Willen erfolgenden Friedenssicherung zwischen Deutschland einerseits und Frankreich andererseits den Charakter eines verständlichen Abschlusses einer jahrhundertlangen Entzweiung zu geben, verpflichten sich Deutschland und Frankreich, darauf hinzuwirken, daß in der Erziehung der Jugend der beiden Nationen sowohl als in öffentlichen Publikationen alles vermieden wird, was als Herabsetzung, Verächtlichmachung oder unpassende Einmischung in die inneren Angelegenheiten der anderen Seite geeignet sein könnte, die Einstellung der beiden Völker gegeneinander zu vergiften. Sie kommen überein, eine gemeinsame Kommission am Sitze des Völkerbundes in Genf zu bilden, die beauftragt sein soll, einlaufende Beschwerden den beiden Regierungen zur Kenntnisnahme und Ueberprüfung vorzulegen.

16. Deutschland und Frankreich verpflichten sich, im Verfolg der Absicht, dieser Abmachung den Charakter eines heiligen Vertrages zu geben, die Ratifizierung durch eine Abstimmung von den beiden Völkern selbst vorzunehmen zu lassen.

17. Deutschland erklärt sich bereit, seinerseits in Verbindung zu treten mit den Staaten an seiner Südost- und Nordostgrenze, um diese zum Abschluß der angebotenen Nichtangriffspakte unmittelbar einzuladen.

18. Deutschland erklärt sich bereit, sofort oder nach Abschluß dieser Verträge wieder in den Völkerbund einzutreten. Die deutsche Regierung wiederholt dabei ihre Erwartung, daß im Laufe einer angemessenen Zeit auf dem Wege freundschaftlicher Verhandlungen die Frage der kolonialen Gleichberechtigung sowie die Frage der Trennung des Völkerbundsstatuts von seiner Versailler Grundlage geklärt wird.

19. Deutschland schlägt vor, ein internationales Schiedsgericht zu bilden, das für die Einhaltung dieses Vertragswerkes zuständig sein soll und dessen Entscheidungen für alle bindend sind.

Nach dem Abschluß eines solchen großen Werkes der europäischen Friedenssicherung hält es die deutsche Regierung für dringend notwendig, Versuche zu unternehmen, einem uferlosen Wettstreit durch praktische Maßnahmen Einhalt zu gebieten. Sie würde darin nicht nur eine Erleichterung der finanziellen und wirtschaftlichen Lage der Völker sehen, sondern vor allem eine psychologische Entspannung.

Die deutsche Reichsregierung verspricht sich aber nichts von dem Versuch universaler Regelungen, der von vornherein zum Scheitern verurteilt sein würde, und daher nur von denen vorgeschlagen werden kann, die am Zustandekommen eines praktischen Ergebnisses nicht interessiert sind. Sie glaubt, daß demgegenüber die Verhandlungen und Ergebnisse auf dem Gebiete der Beschränkung maritimer Rüstungen belehrend und anregend wirken können.

Die deutsche Reichsregierung schlägt daher vor, die spätere Einberufung von Konferenzen mit jeweils nur einer, aber klar umrissenen Aufgabe.

Sie sieht es als die zunächst wichtigste Aufgabe an den Luftkrieg in die moralische und menschliche Atmosphäre der feineren Zeit durch die Genfer Konvention den Nichtkriegsteilnehmern oder den Verwundeten zugebilligten Schonung zu bringen. So wie die Tötung wehrloser Verwundeter oder Gefangener oder die Verwendung von Dum-Dum-Geschossen oder die Führung des warnungslosen U-Boots-Krieges durch internationale Konventionen geregelt bzw. verboten worden sind, muß es einer zivilisierten Menschheit gelingen, auch auf den Gebieten neuer Waffenanwendung die Möglichkeit einer sinnlosen Entartung zu unterbinden, ohne dem Zweck der Kriegsführung zu widersprechen.

Die deutsche Regierung schlägt daher für diese Konferenzen zunächst als praktische Aufgaben vor:

1. Verbot des Abwurfs von Gas-, Gift- und Brandbomben.

2. Verbot des Abwurfs von Bomben jeglicher Art auf offene Ortschaften, die sich außerhalb der Reichweite der mittleren schweren Artillerie der kämpfenden Fronten befinden.

3. Verbot der Beschleupung von Ortschaften mit weittragenden Kanonen außerhalb einer Gefechtszone von 20 Kilometer.

4. Abschaffung und Verbot des Baues von Tanks schwerster Art.

5. Abschaffung und Verbot schwerster Artillerie.

Sowie sich aus solchen Besprechungen und Abmachungen die Möglichkeiten der weiteren Begrenzungen der Rüstungen ergeben, sind diese wahrzunehmen.

Die deutsche Regierung erklärt sich schon jetzt bereit, jeder solchen Regelung, soweit sie international gültig wird, beizutreten.

Die deutsche Reichsregierung glaubt, daß, wenn auch nur ein erster Schritt auf dem Wege zur Abrüstung gemacht ist, dies von außerordentlicher Tragweite für die Einstellung der Völker zueinander sein wird, und damit auch für die Wiederkehr jenes Vertrauens, das die Voraussetzung für die Entwicklung von Handel und Wohlstand bildet.

Um dem allgemeinen Wunsch nach einer Wiederherstellung günstiger wirtschaftlicher Verhältnisse zu entsprechen, ist sie daher bereit, im Sinne der gemachten Vorschläge sofort nach Abschluß des politischen Vertragswerkes mit den in Frage kommenden Ländern in einen Gedankenaustausch über wirtschaftliche Fragen einzutreten und alles in ihrer Macht Stehende zur Verbesserung der Wirtschaftslage in Europa sowie der von dieser nicht zu trennenden Weltwirtschaft im allgemeinen beizutragen.

Die deutsche Reichsregierung glaubt, mit dem oben niedergelegten Friedensplan ihren Beitrag geleistet zu haben und zum Aufbau eines neuen Europa auf der Basis der gegenseitigen Achtung und des Vertrauens zwischen souveränen Staaten. Manche Gelegenheiten zu dieser Befriedung Europas, zu der Deutschland in den letzten Jahren so oft die Hand bot, sind versäumt worden. Möge dieser Versuch einer europäischen Verständigung endlich gelingen.

Die deutsche Reichsregierung glaubt zuversichtlich, durch die Vorlegung des obigen Friedensplanes den Weg hierzu nunmehr freigemacht zu haben.

Eben berichtet dem Kabinett über die deutsche Antwort

London, 1. April. Die Unterredung zwischen Votschaster von Ribbentrop und Außenminister Eden am Mittwoch vor-mittag dauerte etwa eine Stunde. Anschließend trat das eng-lische Kabinett zu seiner üblichen Wochensitzung zusammen. Zu der Sitzung erstattete Außenminister Eden ausführlichen Bericht über den Inhalt der deutschen Antwort sowie über seine Unterredung mit Votschaster von Ribbentrop.

Die Generalstabsbesprechungen

Mißbehagen in London

Der französische Votschaster in London hat von Eden die bindende Zusicherung erhalten, daß die Generalstabsbesprechungen unter allen Umständen, gleichviel wie die deutsche Antwort, die am Mittwoch überreicht wurde, ausfällt, stattfinden sollen. Der genaue Termin dieser Generalstabsbesprechungen wird in der Mittwochssitzung des britischen Kabinetts voraussichtlich bestimmt werden.

Lloyd George hat seinerzeit im Unterhause vor diesen sogenannten „technischen“ Beratungen der Militärs gewarnt und freimütig erklärt, der Dienstleister der Generalstabsbesprechungen sei für den Ausbruch des Weltkrieges seinerzeit mitverantwortlich gewesen, weil er keine Zeit gelassen hätte, die Verhandlungsmöglichkeiten auszuschöpfen. Er wiederholte das jedoch noch einmal in einer Zuschrift an die „Times“. Es ist nicht zu verkennen, daß die Warnung Lloyd Georges auf das englische Publikum Eindruck gemacht hat. Man ist beunruhigt, und die öffentliche Meinung wendet sich recht nachdrücklich gegen die Vorwegnahme irgendwelcher militärischer Festlegungen, ehe die politischen Verhandlungen über den großen europäischen Friedensplan in Gang gekommen sind.

Die englische Regierung hat sich aber allem Anschein nach Frankreich gegenüber bereits soweit gebunden, daß sie nicht mehr zurück kann. Das Einzige, was das Kabinett zur Beruhigung der Öffentlichkeit tut, ist eine möglichst klare Begrenzung des Umfangs und der Ausgaben der demnächst beginnenden Generalstabsbesprechungen. Kabinettsminister sollen an ihnen nicht teilnehmen, um zu verhindern, daß politische Verpflichtungen irgendwelcher Art eingegangen werden. Die mit der Führung der Beratungen betrauten Offiziere sollen sich aber nur auf die Erörterung der großen technischen Umrisse einer militärischen Zusammenarbeit zwischen Frankreich und England beschränken.

Man wird abwarten müssen, wie weit dieses Programm, das übrigens nur für die erste Phase der Besprechungen gilt, innegehalten werden kann. Frankreich — das lassen die Stimmen aus Paris erkennen — erwartet mehr und wird sicherlich alles aufbieten, um die britischen Offiziere zum Eingehen auf konkrete Einzelheiten, Zahl der zur Verfügung zu stellenden Truppen und Kampfmittel usw., zu bewegen. Es ist auch nicht günstig für den Verlauf der Beratungen, daß mindestens an dieser ersten Phase Italien nicht beteiligt sein wird. Es wird sich um ein französisch-britisches Zwiegespräch handeln, das von keinem Dritten kontrolliert wird.

In Aussicht genommen ist dann aber schon jetzt, daß unter Umständen nach Prüfung der deutschen Antwort und je nach dem Verlauf der sich vielleicht anschließenden Verhandlungen eine zweite Phase militärischer Besprechungen beginnen soll, für die eine Einbeziehung Deutschlands in Frage käme, wenn man dabei auf einen neuen Locarno-Pakt zusteuern sollte. Falls nach französisch-englischer Auffassung diese Möglichkeit nicht besteht, dann allerdings würden die Generalstabsbesprechungen der beiden Mächte in ein gefährliches Stadium treten, denn dann würden sie mindestens die technische Grundlage einer Militärallianz mit allen ihren Einzelheiten zum Gegenstand haben.

In Frankreich meldet sich inzwischen eine gewisse Reaktion auf die Sonntagrede Flandins. Man bringt zum Ausdruck, daß der Außenminister sich den schwierigen Problemen der deutsch-französischen Beziehungen gegenüber ausschließlich zu negativ verhalten habe, und daß seine Ausführungen kaum als ein konstruktiver Beitrag zum europäischen Frieden gewertet werden können. Solche Bedenken kann man sowohl auf der Linken wie auf der Rechten hören. Cail্লাug z. B. mahnt zu einer vernünftigen Stel-

Der dicke Müller siedelt

83

Nachdruck verboten

Hans wollte jetzt dazwischenspringen, aber er kam zu spät. Gustav, der älteste der drei Müller, war trotz seiner Körpergröße mit einer geradezu tollen Geschwindigkeit vorgestoßen und hatte den Konsul vorn am Kock gepackt und schüttelte ihn, daß ihm Hören und Sehen verging.

„Was bin ich?“ brüllte Gustav außer sich. „Was bin ich! Ein Patron! Ich bin ein ehrlicher Kerl! Ich habe auch ne Frau und Kinda? Und ich wees wat det heest! Und du willst Hanfen die Frau wegloffen! Tot-schlagen müßte man dich! Du eiender Kröpel!“

Hans hielt sich zurück, er sah, daß dem Konsul keine Gefahr drohte, denn Gustav hatte mehr Selbstdisziplin als er geglaubt hatte.

Nichtig durchgeschüttelt wurde Romanus freilich.

Schließlich schritt Hans ein. „Loslassen, Gustav!“ jagte er ruhig und Gustav gehorchte.

Hans nahm den Mantel und den Hut vom Nagel und reichte ihm den Konsul.

„Herr Schwiegervater!“ sagte er eindringlich, „ich will Sie hier nicht mehr sehen! Zwischen Ihnen und mir gibt es keine Gemeinschaft! Brigitte kennt meine Bedingung! Kommt sie nach Ablauf dieser Zeit zu mir und bittet mich, um Lösung der Ehe... gut, dann will ich die Sünde auf mich nehmen. Eine Ehe lösen, so wie diese, ohne zwingende Gründe, ist Sünde und ist Schande! Psul Teufel, wie hat Ihnen das ewige Geschäftemachen den Charakter verdorben!“

Der Konsul tat noch einen schweren keuchenden Atemzug, dann war er draußen und schrie nach seinem Chauffeur.

Hans aber hatte Mühe, seinen Bruder zu beruhigen. Gustav war außer sich. In der Einfalt seines Herzens begriff er einfach nicht, was hier abspielte wurde,

er sagte es nicht, daß an Hans ein solches Anstinnen gestellt wurde.

„Nee, nee, Hans,“ sagte er immer wieder, „wenn det seine Leute sind, denn komme id mir vor wie een Apostel, det muß ich sagen! Weil det Mädchen seht eene bessere Partie machen kann, da sollst du beiseitretreten! Du... der Bata von die zwee Kinda... und von wat für Kinda! Nee, sibt's denn det uff der Welt! Wie een Tollhaus kommt mich seht ja die ganze Welt vor!“

„Ja, mein Lieber,“ sagte Hans. „Der Teufel geht auf der Welt um! Eitelkeit und Geltungstrieb verderben die Herzen! Keiner tut mehr etwas um der Sache selbst willen, keiner ist mehr mit den kleinen Freuden zufrieden, jeder will glänzen, will am liebsten mehr sein wie der liebe Gott. Es ist eine Schande!“

„Frau,“ sagte der Wirt zu seinem Eheweib, „komm, horch' mal zu! Da hat's was gegeben! Die beiden Dicken haben den feinen Herrn rausgeschmissen!“

Die Wirtin trat gegen die Tür und horchte.

Eine Stimme sprach: „Wir müssen zurück zur Bescheidenheit! Unsere Herzen sind arm geworden, weil wir sie zu sehr an äußere Dinge gehängt haben. Und nun wirst du begreifen, daß ich's satt bekommen habe, so satt, daß ich in dem alten Trost nicht weiterkomme. Und dir ist's ja auch ähnlich gegangen! Und nun bauen wir auf mein Junge!“

„Ja, Hans... aber... was wird nu mit deine Ehe?“

„Hahaha!“ lachte Hans hell auf. „Ich kenne Brigitte! Sie ist ungeheuer ehrgeizig! Aber sie ist nicht schlecht, sie macht eine Krise durch und wird sie überstehen! Sie ist doch eine Mutter, Gustav! Und welche Mutter verläßt ihre Kinder!“

„Eine Mutter!“ wiederholte Gustav feierlich. „Ja, det ist sie!“ Und mit einem Male kam ein flehendes Bächen zum Ausdruck. „Ja, Hans, richtig ist! Vachen muß man über solche Menschen wie diesen sojnannten feinen Herrn, der... der die einfachsten Dinge der Welt nicht begreift! Hans... Hanssen... seht freu-

id mir richtig, dat id dir wiedagefunden habe! Und seht sollste in Zustaben een Bruder haben! Een Bruder... oho... uff den du bauen kannst! Da sitzt keen Turm von Babylon in! Und seht... seht... zwee Korns! Wirtschaft zwee Korns!“

„Sie haben nach dir gerufen, Mann!“ sagte die Wirtin. „Weißte, die zwee Dicken, die jesaßen mir! Ich glaub', da könntest du auch noch was lernen! Von allen beiden, Karl!“

„Na, na, Alte!“ lachte der Wirt gutmütig und ging die zwei Korns einzuschütten.

Sie hatten ihn gerade ausgetrunken, als sich die Tür öffnete und ein riesenhafter Chauffeur erschien, der gerade in die Tür paßte. Es war Paule Pittje-kopp, der Chauffeur des Konsuls, den Hans gut kannte.

„Herr Müller,“ rief Paule vergnügt herein, „der Herr Konsul is' zum Herrn Vorstand! Und mir hat er beauftragt, Sie alle beide zu verfloppen!“

Donnerendes Gelächter, in das sogar der Wirt mit einstimmte.

„Da fangen Sie mal an, Paule!“ lachte Hans.

„Nee, nee, det werd ich man nich tun und es wird och sehn! Uffjepaßt, da kommt der Alte schon!“

Und richtig, der Konsul trat jetzt mit dem Gemeindevorstand, dem alten Scheerbarth, der ein richtiger Bauer und lustiger Schelm war, in die Gaststube.

Hans und Gustav sahen grinsend am Tisch.

„Meine Herren!“ sagte der Gemeindevorstand nach der Begrüßung mit gespielterm Ernst. „Der Herr will geschlagen sein!“

„Muß das gleich sein?“ fragte Gustav sanft und alle hatten Mühe ein Grinsen zu unterdrücken.

„Unerbitt!“ wetterte der Konsul. „da kommt man in ein so elendes Nest und wird überfallen, wie Strauchritter...!“

„Na, na, na!“ fiel der Gemeindevorstand ein, „machen Sie man halblang, Herr! Jeder Döffe ist bei uns nicht eingeladen, uns zu besuchen! Und wir sind höflich in Galdentee!“

(Fortsetzung folgt).

lungnahme zu den nicht mehr zu haltenden Bestimmungen der Friedensverträge. Frankreich selbst gerate in Gefahr, wenn es sie gewaltsam stützen wolle. Auf der rechten aber kann man Ermahnungen lesen, den Standpunkt des Alles oder Nichts aufzugeben und unter Umständen an die Möglichkeiten für Konzessionen anzuknüpfen, die die deutsche Antwort vielleicht bringen wird.

Es scheint übrigens, daß für den ganzen weiteren Verlauf der internationalen Debatte die Vorgänge in Abessinien und die Haltung Italiens nicht gleichgültig sein werden. In London ist man im Augenblick über die italienischen Bombenangriffe auf Harrar und über die Verwendung von Giftgas äußerst erbittert, und die öffentliche Meinung nimmt wieder so stark Stellung gegen Italien, daß wenig Wahrscheinlichkeit für Zugeständnisse der Regierung in der Sanktionsfrage besteht. Ueberhaupt darf man nicht vergessen, daß das italienische Problem für die britische Politik und im besonderen für die Politik Ebens, der seinerzeit berufen wurde, um den von Hoare im Gegensatz zur öffentlichen Meinung gesteuerten Kurs wieder zurückzuführen, die Rheinlandfrage im Grunde doch überträgt. Man empfindet diese eigentlich als eine Hemmung für die Lösung jenes. Bisher liegen keinerlei Anzeichen dafür vor, daß an dieser Rangordnung sich etwas geändert hat.

Um die Generalstabsbesprechungen

Ablehnende Haltung der öffentlichen Meinung

London, 1. April. Der politische Mitarbeiter des der Regierung nahestehenden „Daily Telegraph“ bestätigt, daß im englischen Kabinett Meinungsverschiedenheiten im Zusammenhang mit den geplanten Generalstabsbesprechungen bestehen. Diese Meinungsverschiedenheiten, so schreibt das Blatt, bezögen sich nicht auf die Vorschläge der Locarno-Mächte als solche, sondern auf die Methode, den Locarno-Verpflichtungen angesichts der gegenwärtigen europäischen Lage nachzukommen. Die verschiedenen Gesichtspunkte würden in der Mittwoch-Sitzung des Kabinetts besprochen werden. Die vom englischen Volk und von den Abgeordneten aller Parteien ausgeführte Besorgnis über das mögliche Ergebnis militärischer Besprechungen mit den Generalstäben Frankreichs und Belgiens werde vom Kabinett voll und ganz gewürdigt. Angesichts aller Umstände sei es klar, daß das Kabinett Entscheidungen über die Zeit, die Methode und den Umfang der Stabsbesprechungen treffen müsse. Die Regierung werde strenge Grenzen für das Ausmaß und das Ziel der Besprechungen niederlegen. Sie werde ferner darauf bestehen, jederzeit die genaueste Kontrolle ausüben zu können. Das Blatt betont im übrigen, daß von einer Kabinettskrise im Zusammenhang mit der internationalen Lage keine Rede sein könne.

Die übrigen Morgenblätter bleiben jedoch weiter dabei, daß die Meinungsverschiedenheiten im Kabinett ernster Natur seien. So meldet „Daily Mail“, das Kabinett werde entscheiden, ob es dem Parlament eine umfassende Erklärung über die Stabsbesprechungen vor deren Beginn abgeben solle oder nicht. Ein großer Teil der Blätter weist erneut darauf hin, daß die öffentliche Meinung Englands gegen militärische Verhandlungen mit Frankreich und Belgien sei. Diese Stellungnahme wird durch zahlreiche Zuschriften aus der Leserschaft unterstützt.

Sitzung des Reichskabinetts

Annahme des Reichshaushalts für 1936

Berlin, 1. April. Das Reichskabinett beschäftigte sich in seiner Sitzung am Dienstag mit dem Reichshaushalt für 1936. Vorbehaltlich einiger noch nicht definitiv feststehender Positionen wurden die Vorschläge des Reichsfinanzministers, wie sie sich auf Grund der Verhandlungen mit den einzelnen Ressorts ergeben haben, angenommen, gleichzeitig wurde der Haushalt für 1936 genehmigt.

Im Anschluß an diese Beratung gab der Führer und Reichskanzler eine kurze Darstellung der außenpolitischen Lage und gedachte ferner mit Worten tiefgefühlten Dankes des überwältigenden Bekenntnisses des deutschen Volkes zur politischen Führung in Staat und Partei. Der Führer und Reichskanzler würdigte hierbei die einzigartige organisatorische Leistung des Parteiapparates und die unübertreffliche Arbeit der Reichswahlkampfleitung.

Die nächste Kabinettsitzung findet nach den Osterfeiertagen statt.

Bersammlungsruhe bis 19. April

Berlin, 1. April. Der Reichspropagandaleiter der NSDAP. gibt bekannt:

Die gewaltigste Wahlschlacht des nationalsozialistischen Deutschlands ist geschlagen. In Einheit und Geschlossenheit hat sich das deutsche Volk hinter seinen Führer gestellt und ihm einen überwältigenden Beweis seines Vertrauens gegeben. Wochenlang rollte Versammlungswelle über Versammlungswelle durch die deutschen Gauen, von Rednern, politischen Leitern, Parteigenossen und Parteigenossinnen wurde das Letzte an Einsatzbereitschaft verlangt und gegeben. Abend für Abend füllte das deutsche Volk die Versammlungsräume, sei es die Riesenhalle der Großstädte, oder im kleinen Zimmer des Dorfes. Wenn auch nach der siegreichen Schlacht, die das deutsche Volk in seiner Gesamtheit geschlagen hat, nicht Ruhe einkehren darf, vielmehr die Arbeit fortgesetzt werden muß, so soll doch vor diesem neuen Einsatz durch die allgemeine Versammlungspause eine Erholungs- und Ruhezeit zum Sammeln neuer Kräfte stehen.

Aus diesem Grunde ordne ich hiermit eine allgemeine Bersammlungsruhe bis 19. April an. Unter die angeordnete Bersammlungsruhe fallen insbesondere alle öffentlichen Kundgebungen und Bersammlungen; Mitgliederbersammlungen sind auf das notwendige Mindestmaß zu beschränken.

Von der Bersammlungsruhe nicht berührt werden Bersammlungen der Abteilung 10 und des Amtes Kraft durch Freude.

gez. Dr. Göttele,
Reichspropagandaleiter der NSDAP.

Tagesbefehl an die SA!

NSR. Stabschef Luge erläßt den folgenden Tagesbefehl an die SA.:

SA-Männer! Wieder liegt ein Wahlskampf hinter uns, ein Wahlskampf, dessen Ergebnis einzig in der Geschichte der Völker dasteht. Die Welt weiß heute, daß das deutsche Volk in allen Fragen wie ein Mann zum Führer steht und auch künftig stehen wird.

In jahrelangem und opferreichem Kampf hat die nationalsozialistische Bewegung den Weg bereitet zu diesem Erfolg. Durch Kampf und Opfer wurde er errungen. Die SA als Stoßtrupp der Bewegung stand auch jetzt wieder in vorderster Front, einsatzbereit, opferwillig und treu, wie in den Jahren des Kampfes vor der Machtübernahme.

Aber wir wissen auch, daß dieser Wahlskampf für uns nicht Ende, sondern nur ein Teilabschnitt unserer Arbeit, unseres Kampfes war.

Die Aufgaben, die der Bewegung vom Führer gestellt sind, werden die SA auch in künftigen Tagen und Wochen in Anspruch nehmen. Unseren schönsten Lohn sehen wir in der Möglichkeit, für den Führer kämpfen und opfern zu dürfen, unsere höchste Anerkennung ist der Erfolg!

Eine Schlacht ist geschlagen — der Kampf geht weiter!

Es lebe der Führer!

gez. Luge.

Neuer Leiter der Pressestelle der Reichsregierung

Berlin, 1. April. Der Leiter der Abteilung IV des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda (Pressestelle der Reichsregierung), Ministerialrat Pg. Dr. Kurt Jahnke, scheidet aus seinem Amte aus und tritt als Verlagsdirektor in die Berliner Druck- und Zeitungsbetriebe AG. (ehemals Rudolf-Mosse-Verlag) ein. Der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda, Dr. Göttele, verabschiedete Dr. Jahnke, indem er ihm mit herzlichsten Worten seinen Dank für die in dreijähriger Tätigkeit geleistete Arbeit aussprach.

Zum Nachfolger des Ministerialrats Dr. Jahnke hat der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda den bereits seit mehreren Monaten in der Pressestelle der Reichsregierung kommissarisch tätigen Hauptschriftleiter des Deutschen Nachrichtenbüros, Pg. Alfred Ingemar Berndt, ernannt. Der Führer und Reichskanzler hat gleichzeitig Pg. Berndt zum stellv. Pressechef der Reichsregierung ernannt.

In der Pressekonferenz der Reichsregierung sprach Staatssekretär Funk im Auftrag des Führers und Reichskanzlers und im Auftrage des Reichsministers für Volksaufklärung und Propaganda, Dr. Göttele, der deutschen Presse den Dank der Reichsregierung und Partei für die geleistete Arbeit beim Wahlskampf aus. Dieser Dank gelte in gleicher Weise den Schriftleitern wie den Verlegern, die alle in hervorragender und erfolgreicher Weise bei der Reichstagswahl, zum Teil unter schwierigsten Umständen, aber mit taktischer Klugheit und nationalsozialistischer Begeisterung sich für den Wahlskampf eingesetzt hätten. Staatssekretär Funk machte dann weitere Mitteilung von dem Wechsel in der Leitung der Pressestelle der Reichsregierung.

Sturmfahrt des „E. Hindenburg“

An Bord des „E. Hindenburg“, 1. April. Der an der ersten Südamerikafahrt des „E. Hindenburg“ teilnehmende Sonderberichterstatter des NRB. gibt über die fürmisch verlaufene Nachtfahrt des deutschen Luftschiffes folgenden Bericht:

Bei Nacht und düstem Nebel fahren wir Windstärke 9 bis 10, das sind etwa 30 Meter in der Sekunde, in 250 Meter Höhe über den Golf von Bistapa. Unter uns herrscht lebhafter Schiffsverkehr. Man sieht manchmal sehr deutlich, wie unten die Schiffe in der schweren See heftig schlingern und stampfen. Wir aber liegen mit unserem „Zepp“ völlig ruhig in der Luft. Von der Vibration seiner kräftigen Motoren verspüren wir nichts. Das Luftschiff macht trotz starken Gegenwindes dank der bewährten Daimler-Benz-Motoren volle Fahrt.

Erste Nacht an Bord! Wir schlafen wie zu Hause. Gut ausgeschlafen erbliden wir am Mittwoch morgen um 7.30 Uhr auf der Höhe von Cap Finistere an der spanischen Küste ein auf der Heimreise aus dem Mittelmeer kommendes englisches Kriegsschiff. Der Engländer sendet uns Grüße und wünscht uns weiter gute Fahrt.

Gibraltar erreicht

An Bord des „Hindenburg“, 1. April. (Zuspruch.) In fast 26tägiger Fahrt hat das Luftschiff „Hindenburg“ bis Cap Finistere 1180 Seemeilen oder 2200 Kilometer zurückgelegt. Wir haben den Kurs von Südwest mehr nach der Küste auf Süden gedreht, um in schwächeren Wind zu kommen. Unsere Reisegeschwindigkeit betrug vom Kanalausgang ab mindestens 31 Knoten. Wir sind aber auch mit 46 Knoten oder rund 85 Kilometer in der Stunde gefahren. Bis Mittwoch früh hatten wir 15 000 Kilo Brennstoff verbraucht. Wir haben noch immer etwas Gegenwind. Die Sicht ist diesig und die Sonne ist nur selten zu sehen.

Wir fühlen uns an Bord wie zu Hause. Wir lesen, schlafen, schreiben, spielen Stat. Dazwischen schauen wir nach den vielen Schiffen aus, die besonders stark unseren Kurs kreuzen. Die frische Seeluft macht hungrig, aber die Küche ist allen Ansprüchen gewachsen. Immer wieder freuen wir uns über das prächtige Schiff, über seine vollkommen ruhige Fahrt. Unser „Hindenburg“ legt keinen Weg doppelt so schnell zurück wie der schnellste Dampfer. Dabei steigt seine Fahrtgeschwindigkeit weiter.

Ueber den letzten Standort des „Hindenburg“ erhalten wir von der Deutschen Zeppelin-Reederei folgende Angaben: 15 Uhr MEZ auf 35.32 Grad Nord und 11.21 Grad West querab von Gibraltar. Die Fahrtgeschwindigkeit beträgt 76 Seemeilen.

Allgemeine Dienstpflicht in Oesterreich

Wien, 1. April. Der Bundesrat trat am Mittwoch zu einer Sitzung zusammen. Sogleich nach Beginn der Sitzung nahm er durch Jura ein Gesetz an, durch das die Allgemeine Bundesdienstpflicht für körperliche Zwecke eingeführt wird. Der Bundeskanzler wird in diesem neuen Gesetz ermächtigt, durch Verordnung die männliche Bevölkerung vom 18. bis 42. Lebensjahr nach Maßgabe der Verhältnisse und Umstände zum Dienst mit oder ohne Waffen einzuberufen.

Zur Begründung des Bundesdienstpflichtgesetzes hielt Bundeskanzler Dr. Schuschnigg eine längere Rede, in der er jedoch über das betreffende Gesetz nur wenig äußerte. Er ging zunächst auf Wirtschaftstragen ein und versicherte, daß die österreichische Regierung in der Angelegenheit der „Pöbnitz“ sachlich und ohne Ansehen der Person für die Sauberkeit in der österreichischen Wirtschaft sorgen werde. Zur Außenpolitik übergehend,

Mehr als 200 Zahnpasten

gibt es in Deutschland. Nehmen Sie einmal an, man würde Ihnen alle einzelnen Marken betrieblen? Es fehlt doch jeder Anhaltspunkt. Hier ist die einzige Sicherheit für Sie der gute Kauf, den eine Marke hat. Und Chlorodont hat diesen guten Ruf! In 29 Jahren sind Qualität und Chlorodont längst ein Begriff geworden. In Chlorodont darf man deshalb getrost Vertrauen haben!

betonte Schuschnigg, daß sich an der Gesamtlage nichts geändert habe. Oesterreich lege großes Gewicht darauf, mit allen Nachbarstaaten freundschaftlich auszukommen. Es habe sich in letzter Zeit eine ausgesprochen günstige außenpolitische Lage ergeben, die es ermöglicht habe, Oesterreichs bestehende Verträge zu überprüfen und auszubauen. Oesterreich habe bewiesen, daß es ein Hort des Friedens sei und daß es keine militäristische Tendenz verfolgte. Wenn es trotzdem jetzt die Bundesdienstpflicht einführe, so geschehe das, weil es als freier, selbständiger Staat sich keine Beschränkungen irgend welcher Art auferlegen lasse. Ausdrücklich betonte Dr. Schuschnigg, daß die Regierung sich vorbehalte, die Dienstpflichtigen zur Verwendung mit oder ohne Waffe im Heer, in der Wolsfahrts- oder auch für sonstige Zwecke heranzuziehen. Der Kanzler hat dann den Bundesrat, den vorgelegten Gesetzentwurf anzunehmen.

Der Präsident des Bundesrates forderte die anwesenden Bundesmitglieder, die für das Gesetz seien, auf, sich von den Sätzen zu erheben, und es ergab sich daraus die einstimmige Annahme des Gesetzes.

Der frühere Militärattaché in Berlin, Feldmarschall-Leutnant Janja, wurde zum Generalstabschef der bewaffneten Macht ernannt.

Prag kündigt Einspruch an

Prag, 1. April. Als Folge des in Wien beschlossenen Gesetzes über die sofortige Einführung der allgemeinen Wehrpflicht und der Arbeitsdienstpflicht in Oesterreich wurde in Prag ein außerordentlicher Ministerrat einberufen, der nach der Meldung einer Extraausgabe des tschechisch-agrarischen „Vecer“ in den Mittagsstunden zusammengetreten ist. In Prager politischen Kreisen ist man der Ansicht, daß die tschechoslowakische Regierung im Einvernehmen mit den verbündeten und befreundeten Mächten gegen die durch die heutige Maßnahme der österreichischen Regierung erfolgte einseitige Außerkräftigung der Bestimmungen des Friedensvertrages von St. Germain Einspruch einlegen wird. Der „Vecer“ nimmt an, daß die Wiener Entscheidung im Zusammenhang mit den letzten römischen Besprechungen steht.

50 000 fliehen aus Harrar

Die Mohammedaner-Hauptstadt Abessinien von Bomben zerstört

Harrar, das in diesen Tagen von italienischen Flugzeugen bombardiert und in Brand gesetzt wurde, ist die zweitgrößte Stadt Abessinien. In einer sehr bedeutenden strategischen Lage zwischen Dschidjiga und Diredaia in 1500 Meter Höhe am Bergabhang errichtet, beherrscht es das ganze Vorgebäude.

Die eigentliche Stadt, die ein Gewirr steil ansteigender, enger und schmutziger Straßen bildet, ist von einer hohen Steinmauer umgeben. Zahlreiche Türme ragen über sie empor und fünf Tore vermitteln die Verbindung mit der Außenwelt. Der größte Teil der Bevölkerung, die man auf 50 000 Menschen schätzt, ist schon vor mehreren Tagen aus der Stadt entfernt worden, da man die italienischen Angriffe erwartete.

Die meisten der Gebäude Harrars, abgesehen vom Gouverneurspalast und den verschiedenen Konsulaten, sind aus rohem Stein und Lehm errichtet. Sie haben flache Dächer, und der allgemeine Ausdruck der Stadt ist mehr orientalisches als abessinisch. Durch das Vorhandensein mehrerer Moscheen wird dieser Charakter noch stärker betont.

Harrar war eine bedeutende Handelsstadt. Hier laufen die Straßen von Dschibuti in Französisch-Somaliland, Zeila und Berbera in Britisch-Somaliland zusammen, es geht eine Verbindungsstraße nach der Eisenbahnlinie hinüber, und so war Harrar ein Treffplatz für abessinische, griechische und armenische Händler. Felle, Eisenblech, Gummi und andere Rohstoffe wurden hier gehandelt. Vor allen Dingen ging ein großer Teil der Ausfuhr des ausgezeichneten in der Nähe wachsenden abessinischen Kaffees von hier aus.

Man sagt, die Stadt sei von den Arabern im 7. Jahrhundert gegründet worden. Sie wurde mehrere Male zerstört. 1875 und 1885 befestigten die Ägypter sie. Das Volk von Harrar gehört einem besonderen Stamm an und spricht eine Sprache, die von der ihrer Nachbarn verschieden ist. Sie sind Mohammedaner und gehören einer persischen Sekte an. Der erste Weiße, der die Stadt besuchte, war der berühmte englische Entdecker Sir Richard Burton, der Uebersetzer der „Arabischen Nächte“. Als Araber verkleidet, brachte er 1854 zehn Tage in Harrar zu.

Abessinischer Gegenangriff abgeschlagen

Rom, 1. April. Der italienische Heeresbericht vom Mittwoch lautet:

„Marschall Badoglio telegraphiert: Der Regus hat gestern mit seinen besten Truppen im Gebiet südlich vom Aschangi-See eine große Schlacht eingeleitet. Die Schlacht, in der teilweise mit äußerster Erbitterung gekämpft wurde, schloß mit einem Siege unserer Truppen. Im nächsten Bericht werden weitere Einzelheiten bekanntgegeben werden.“

Ueber die Schlacht beim Aschangi-See wird noch ergänzend berichtet:

Im Gebiet des Aschangi-Sees hat am 31. März in der Gegend von Quoram eine große Schlacht stattgefunden. Das Heer des Regus mit den Gardetruppen, die mit allen modernen Waffenarten ausgerüstet sind, hat unsere Stellungen im Süden von Mai-Ceu angegriffen. Der Tag schloß mit dem vollen Siege unserer Waffen. Der abessinische Angriff begann um 6 Uhr und dauerte bis 18 Uhr fort. Alle Front- und Umgehungsangriffe wurden zurückgeschlagen. Am Nachmittag sind unsere nationalen und erzhreischen Truppen zum Gegenangriff übergegangen und schlugen den Feind in die Flucht. Er zog sich in Unordnung in das Tal des Mecan zurück und wurde dabei von unseren Flugzeugen und von unserer Artillerie bombardiert. Die Verluste auf Seiten des Regus sind sehr schwer und betragen schätzungsweise 7 000 Tote, unter denen sich auch einige Uebersetzer befinden. Es wurden viele Gefangene gemacht und große Mengen von Waffen erbeutet.

Unsere Gesamtverluste betragen: Offiziere 12 Tote, 44 Verwundete, italienische nationale Soldaten 51 Tote, 152 Verwundete, erzhreische Soldaten ungefähr 800 Tote und Verwundete zusammen.

Unsere Flieger haben lebhaften und wirksamen Anteil an der Schlacht genommen und wurden von dem Gegner angegriffen, wobei viele Flugzeuge getroffen wurden. Aus Angaben von Gefangenen geht hervor, daß die abessinischen Truppen ungefähr mit 20 000 Mann an der Schlacht beteiligt waren und daß der Regus persönlich an dem Angriff gegen unsere linken Flügel teilgenommen hat. Im westlichen Frontabschnitt rücken unsere Kolonnen unter Sympathieumgebungen der Eingeborenen gegen Abdi Temay vor.

